

## Quo vadis, Gesundheitssystem?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Sie kennen das ja: Man wischt beim Smartphone nach links, und schon erscheinen aktuelle Pressemeldungen. Bei mir ist das bereits ein Automatismus, um mich eben mal kurz zu informieren. Meistens bleibt es dann aber auch nur bei der Betrachtung der Überschriften. Soeben las ich jedoch folgende Schlagzeile aus der FAZ: „Gesundheitswesen: Abschaffung der Privatkassen soll Milliarden sparen“. Ich fand das interessant und klickte in die Meldung.

Das Thema klingt ja auf den ersten Blick verlockend, wobei ich beim Stichwort „Einsparungen im Gesundheitssektor“ nicht nur positive Assoziationen habe, denn das aktuelle politische Hickhack um die Ausfinanzierung der neuen zahnärztlichen Approbationsordnung ist zu präsent. Bei näherem Hinschauen sind mir in der Meldung ein paar Aspekte ins Auge gefallen: Zum einen ist es natürlich in unserer zunehmend von Social Media geprägten Welt recht einfach, mit kurzen Posts schnell Aufmerksamkeit zu erregen, gerade wenn es sich um vorurteilsgetriebene Gerechtigkeitsdebatten handelt. Zum anderen ist die FAZ aber kein anonymer Verfasser von Posts, sondern in diesem Fall seriöser Berichterstatler über eine von der Bertelsmann-Stiftung initiierte Studie, die sich mit den potenziellen finanziellen Auswirkungen einer Abschaffung der PKV auseinandersetzt. Man kann also davon ausgehen, dass hier ordentlich recherchiert wurde.

Wenn die Inhalte der vorgestellten Studie von Ärzteverbänden und den Vertretern der PKV heftig kritisiert werden, überrascht auch das nicht, weil man hier eigene Interessen vermuten könnte. Aber

bleiben wir bei den Zahlen. Es wurde berechnet, dass im Fall einer Bürgerversicherung für alle Versicherten pro Mitglied und Jahr 145 EUR an Beitrag gespart werden könnten. Würden die dadurch verursachten Mindereinnahmen der Mediziner ausgeglichen, wären es noch 48 EUR – das sind gerade einmal 4 EUR pro Monat. Ich bin kein Wirtschaftsmathematiker, aber ist das wirklich von Relevanz? Die wissenschaftliche Kommission für ein modernes Vergütungssystem der Bundesregierung jedenfalls erteilte der Idee schon vor der genannten Veröffentlichung eine Absage. Auch die Autoren der aktuellen Studie gaben zu, dass ihrem Elaborat kein „realistisches, umsetzungsnahes Szenario“ zugrunde liege. Lassen wir das einmal so stehen. Wir dürfen uns aber auch nichts vormachen: Wenn spätestens nächsten Herbst gewählt wird, werden solche ideologischen Grundsatzfragen wieder ganz schnell brandaktuell.

Jetzt wünsche ich Ihnen aber erst einmal viel Vergnügen bei der Lektüre des Märzheftes der „Quintessenz Zahnmedizin“.



Ihr  
Prof. Dr. *Roland Frankenberger*  
Chefredakteur